

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

39 (16.2.1920)

Sie sind Anhänger und Vertreter der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, sie sind zum guten Teil noch Anhänger der Monarchie und vielfach aus rein persönlichen Gründen an der Wiederaufrichtung der alten, aber gemeinschaftlichen Herrschaftsverhältnisse interessiert. Sie kämpfen gegen uns, wie ja stets ihre politische Tätigkeit in erster Linie den persönlichen Interessen, nicht aber denen der Allgemeinheit gewidmet war. Und diese Herrschaften haben persönlich viel zu verlieren, wenn es der Sozialdemokratie gelingt, nicht nur sich erfolgreich zu behaupten, sondern ihre Macht beim Wiederaufbau des Staats- und Gesellschaftslebens vollstän- dig zu verankern. Wir neigen es den bürgerlich-kapitalistischen Interessierten Kreisen wirklich nicht übel, wenn sie energisch für ihre Interessen kämpfen; wir verübeln es aber aufs schärfste den Treibermassen, daß sie nicht durchgängig das gleiche tun.

Die gewaltige Umwälzung, die durch die Kriegsvielkungen hervorgerufen worden ist, hat erst begonnen; die revolutionäre Wirkung erst ein. Und was der Arbeiterklasse jetzt zu Beginn dieses gigantischen Umwälzungsprozesses an organisatorischer Kraft und dadurch auch an politischer Kraft und Macht fehlt, ist in erster Linie unter schwerer Arbeit und unter nachteiligen Bedingungen wieder gut zu machen. Darum ist es ein folgenschwerer Eigenfrevdel, wenn die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter sich nicht unverzüglich den politischen Organisationen anschließen, nicht die Parteipresse fördern und wenn die politischen Organisationen planmäßige, energische und immer wieder einsetzende organisatorische Arbeit unterlassen. Die Gegner der sozialdemokratischen Bewegung leben nicht in erster Linie, wenn sie die gegenseitigen Kräfte einschätzen, nach der Zahl der Mandate in den Parlamenten und öffentlichen Körperschaften, sondern sie sehen nach dem Stande, nach der Stärke, der Schlagkraft und der Aktionsfähigkeit der Organisationen. So hat die Reaktion mit durchaus sicherem Blick erkannt, daß momentan die politische Organisation der sozialdemokratischen Parteien nicht im Gleichmaß zu der Position steht, die die Sozialdemokratie gegenwärtig in Deutschland einnimmt. Die Herrschaft der politischen Arbeiterbewegung schwächt sich ohnehin enorm, das organisatorische Mißverhältnis hemmt uns in der Erfüllung unserer Aufgaben. Die Gegner wissen es und sie sind dabei, aus der Lücke große Nutzen für sich zu ziehen.

Es ist richtig, daß in den letzten Monaten innerhalb der sozialdemokratischen Organisationen mehr Leben sich entfaltet hat. Nachweisbar kräftigen sich unsere Organisationen, der Kampfgeist lebt auf. Aber, weder der Stand der Organisation bisher genügt, noch weniger die entfaltete Tätigkeit. Es muß weit mehr geschehen und es muß vor allem viel planmäßiger gearbeitet werden. Da sammeln auch bei vielen unserer Genossen noch recht dicke alte Jöbfe, die schnell abzuwickeln und in die Müllkammer geworfen werden müssen. Um nur einen Mißstand zu erwähnen, der sich beinahe täglich herausstellt: mit einer am Morgen und Hebeln lebenden Aktivität, die von solchem Konservatismus zeugt, bestehen viele Genossen auf den Samstags- und Sonntagsversammlungen. So sind sie es von altersher gewohnt und daran wollen sie festhalten. Soll aber die Verammlungsstätigkeit in Zukunft nicht schwersten Schaden erleiden, muß mit diesem altherwürdigen Jöbfe ausgeräumt werden. Sowohl die Zahl der zur Verfügung stehenden Redner wie auch die noch lange andauernden Verkehrsverhältnisse fällen es aus, daß immer diesen Wünschen Rechnung getragen werden wird und getragen werden kann. Bei der heutigen Arbeitszeit können alle Arbeiter an jedem Wochentage Versammlungen besuchen. Und sie kommen auch, sofern sie politisches Interesse haben. Freilich muß die mündliche Agita-

tion einlehen, die bei der letzten Versammlungsaktion in manchen Orten gefehlt hat. Zeit, Geld, Redner und Organisationsleiter müssen in bestmöglicher und zweckmäßiger Ausnutzung eingesetzt werden. Sonderwünsche und allhergebrachte Bequemlichkeiten und Gepflogenheiten können nicht berücksichtigt werden, wenn wir das politische Leben in Mittel- und Ostdeutschland auf den organisatorischen Aufbau beschleunigen wollen.

Wir werden demnach, ermuntert durch die Erfahrungen bei der letzten Versammlungsaktion, weitere ähnliche Aktionen unternehmen. Das nächstmal aber hoffen wir, daß die örtlichen Mitglieder sich mit dem Offizier einlehen, der durch den Ernst der politischen Situation und durch die Größe unserer Aufgaben und Pflichten dringend geboten ist.

Mehr energische Agitationsarbeit und bessere organisatorische Tätigkeit!

Dann mögen die Gegner von der äußersten Rechten wie von der äußersten Linken gegen uns anstürmen, wir brauchen sie nicht zu fürchten. Wir werden dann aber in der Lage sein, im Reiche, im Einzelstaate, in der Gemeinde und in allen öffentlichen Körperschaften mit ganz anderem Nachdruck unsere Forderungen zu vertreten und ihnen zum Erfolge zu verhelfen.

Politische Uebersicht.
Lord Curzons Rede eine böse Ueberraschung für die Franzosen.

Unausgeweicht gaben wir in der Samstagsausgabe die scharfe Kritik wieder, die Lord Curzon an dem Vertrage für den Emdensfrieden geübt hat. Da Lord Curzon in England sehr einflussreich ist, und die englische Presse in dieser Zeit zum Teil sehr scharf gegen den Friedensvertrag, die Auslieferungsfrage und die französische Erpresserpolitik Stellung nimmt, sind die Herren Franzosen aufs stärkste und unangenehmste überrascht. In ihrem frivolen Uebermut haben die Franzosen den Bozen überhaunt und es scheint immer stärker hervorzutreten, daß England nicht gesonnen ist, Deutschlands Vernichtung durch nachsichtige und verblendete Machthaber in Paris herbeiführen zu lassen. Aus Gründen, die natürlich auch im englischen Interesse liegen. Der Zusammenbruch Deutschlands würde ganz Europa in den Strudel hineinziehen. Die ruhig rednenden und kühl abwägenden Engländer sehen das ein. Daher der offensbare Stimmungsumschlag in England. Ueber den Eindruck, den die Curzonische Rede in Frankreich gemacht hat, wird der „Frankf. Ztg.“ über Genf berichtet:

Die französische Presse steht vollständig unter dem Eindruck der Rede, die der englische Minister des Auswärtigen Lord Curzon im Vorhaus gehalten hat. Curzon hat das Ausmaß des Mißtrauens, die Revision des Pariser Friedensvertrages in Erwägung zu ziehen, damit Europa zur politischen Vereinigung und zur wirtschaftlichen Harmonie gelange. Die Agence Havas hat gerade diese Erklärung, die Lord Curzon an die Spitze seiner Rede gestellt hatte, dem französischen Publikum veröffentlicht, aber die Pariser Korrespondenten der Presse haben sie übermüht und in der politischen Welt, besonders in den Wandelungen des Parlaments haben sie wie ein Blitz aus heiterem Himmel gewirkt. Die (französischen) Abgeordneten Barthou und Tardieu, die von Vertretern der Presse befragt wurden, gaben ihre Ueberraschung zu, betonen jedoch ihr Urteil bis zur Mitternacht von der Londoner Konferenz. Aber der neu gewählte reaktionäre Abgeordnete Graf Castellanos erklärte offen, daß ihn die Rede Lord Curzons aufs tiefste überrascht habe. Man müßte jedenfalls damit rechnen, daß die englische Politik ihre Richtung ändern wolle aus Rücksicht auf die Parteistimmungen im eigenen Lande. Frankreich müßte demgegenüber seinen unbedingten Willen behaupten, auf der Ausföhrung des Pariser Friedensvertrages zu bestehen. „Die Regierungspresse“, so sagt der sozialistische „Populaire“, ist bestürzt. Wie Italien so hat auch England eine neue Stellung eingenommen, und es ist besonders zu bemerken, daß Lloyd George ausdrücklich die geheimen Abmachungen beurteilt, die bisher die Unterlage bildeten für die imperialistische

Politik. Das verhängnisvolle Werk Clemenceaus ist verflucht. Was aber werden die kapitalistischen Regierungen unternehmen um den Friedensvertrag zu verbessern? — Der „Temps“ meint, die Erklärungen Lord Curzons über die Notwendigkeit einer Revision des Friedensvertrages seien noch überraschender. — Das „Journal“ gibt zu, daß die Reden Lloyd Georges und Lord Curzons einen schweren Gegensatz der Auffassungen und Differenzen innerhalb der Entente enthüllen. — Das „Journal des Debats“ anerkennt, daß die Politik Englands nach einer neuen Orientierung strebe, um sich dem Einfluß der Unionisten zu entziehen. Frankreich müsse damit umso mehr rechnen, als auch Italien ohne Zweifel mit der Londoner Politik übereinstimme. Es sei die Aufgabe Millerands, während seines Aufenthalts in London vollständige Klarheit in dieser Richtung zu schaffen. Nebenfalls müsse Lord Curzon zur Erkenntnis gebracht werden, daß ein Einberufen zwischen England und Frankreich in Kleinasien nicht möglich sei ohne unbedingte Aufrechterhaltung der englisch-französischen Allianz in Europa selbst. — Der Pariser Korrespondent des „Pionier“ „Progres“ macht darauf aufmerksam, daß Lord Curzon als Vizekönig von Indien eine durchaus imperialistische Politik betreiben habe. Er halte die Lage Englands in Asien heute offenbar für sehr drückend und möchte deshalb, daß England wieder freie Hand in Europa bekomme.

Von den Absichten der französischen Chauvinisten.

Ueber die wahren Absichten der französischen Chauvinisten geben folgende Zeitungsnachrichten Aufschluß. Die „Victoire“ schlägt vor, daß man das besetzte Gebiet zum neutralen Staat mache. Marshall Foch hat diese Forderung schon auf der Friedenskonferenz gestellt. Sie sei aber von Amerika und England als zu weitgehend abgewiesen worden. Bei Nichtauslieferung werde man aber wohl darauf zurückgreifen müssen. Der „Matin“ verlangt, wenn Deutschland den Vertrag nicht einhalte, daß die Alliierten die besetzten Gebiete nicht räumen. Bei Nichtzahlung der Entschädigung würde es geschehen, daß die Bewohner links des Rheins die an Deutschland abzuföhrnden Steuern nicht an Deutschland zahlen dürften, sondern diese an Frankreich abzulieferen und in Rechnung zu stellen sein würden.

Die Wahlordnung zum Betriebsrätegesetz.

Mit einiger Verzögerung ist das Betriebsrätegesetz vom Reichsanzeiger veröffentlicht worden. Gleichzeitig damit wird auch die Wahlordnung zum Betriebsrätegesetz, die die Zustimmung des sozialpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung gefunden hat, bekannt gegeben. Es ist damit zu rechnen, daß die Wahlen innerhalb der einzelnen Betriebe im Laufe des Monats März zu erfolgen haben. Bei der Wahlordnung sind im allgemeinen die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über Arbeiter- und Angestelltenauschüsse vom 23. Dezember 1918 maßgebend geblieben. Zunächst werden Wählerlisten, getrennt nach Arbeitern und Angestellten, aufgestellt. Der Wahlvorstand ersticht dann ein Wahlstandsverzeichnis, aus dem die Einzelheiten der Wahl nach Ort und Zeit hervorgehen. Innerhalb einer Frist von drei Tagen können gegen die Wählerlisten Einwände erhoben werden. Dann müssen innerhalb acht Tagen Vorschlagslisten eingereicht werden. Da die Wahl als freiwillig vollzogen wird, so müssen dafür mehrere Tage bestimmt werden. Die Wahlordnung erfolgt zur Sicherung des Wahlgeheimnisses durch Stimmzettel, die in einen verschließbaren Kasten eingelegt werden müssen. Die Feststellung des Wahlergebnisses erfolgt nach der Methode der Stichproben und wird durch zweifelhafte Auslegung bekannt gegeben. Innerhalb dieser Zeit ist eine Anfechtung der Wahl möglich. Bei der Aufstellung der Listen ist zu berücksichtigen, daß die doppelte Zahl der wahlbaren Personen enthalten sollen. Die Liste ist von mindestens drei Wahlberechtigten zu unterschreiben. Die Vorschlagslisten müssen schriftlich ihre Zustimmung dazu geben, daß sie auf die Liste gesetzt werden. Bei der ersten Wahl dürfte überall eine Kraftprobe zwischen den einzelnen politischen und gewerkschaftlichen Richtungen versucht werden. — Da die Unabgängigen alles aufbieten werden, um sogenannten „revolutionären“ Betriebsräten zum Erfolge zu verhelfen, müssen unsere Genossen auf dem Posten sein.

Einfache Geschichten.

Von Hermann Stenz, Karlsruhe.

Der Turmhahn.
Eine Dorfgeschichte.

I. Der Gottschedel.

Die Gerechten sind nicht ausgestorben. Es leben ihrer noch ein kleines Häufchen. Nur laufen sie nicht gepreist herum wie die Raubhähnen, sondern stecken meist in recht unscheinbaren Kitteln. Und wer sie suchen will, der muß eine gute Brille aufsetzen, damit er durch den gestülpten, verhöffenen Rock ins Herz gucken kann. Unter den Schwarzköcken vollends schauts manchmal gar graulich aus. Denen ist der lateinische Eifer oft so ins Kraut gekochsen, daß sie das wirkliche ehrliche Mitfühlen und Mitleben, das echte Menschsein darob verlernt haben. Und mit der Zeit eine Herde wälsch singender, augenbedrohender Leute, anstatt eine Gemeinde hilfsbereiter, gradschauender und aufrechter Menschen um sich haben.

Der Herr Pfarrer Josephus Gottschedel war einer von den Gerechten. So einer, der das Gutsein mit einer kleinen Portion Verbtheit vorausgibt, weil diejenigen, welchen er zum Seelsorger bestimmt war, auch einer derben Art angehörten.

Denn die von Raitenbuch waren ein krachlederner Schlag Menschen. War irgendwo ein Unglück eingetreten, dann wartete der Herr Josephus nicht lange, daß man ihn rief, sondern er kam ganz von selber und doch wie von ungefähr, um auf seine Art zu helfen.

Weil er als Bauernbublein früher einmal selber hinter den Krüben bergelaufen war und wäter nicht vor lauter Valem und Wälderessen die Bauernart verlernt hatte, darum wußte er auch nach Bauernart auf alle Wunden Augenweise das richtige Hilfsleiterlein zu kleben. Er wollte aus seinen Bauern auch keine irdischen Engel machen, sondern war zufrieden, wenn er ein ausgefahrenes Wägellein wieder ins richtige Gleis schieben konnte.

Eintmalen er wußte, daß Dreißigstel nicht aus Lindenhols geschneid sind und auch nicht mit Sandstücken an-

gefacht werden dürfen, und daß man einem Bauernmenschen, der auf seine Art gefehlt hat, auch wieder in seiner Art den Kopf einrenken mußte. Ohne ihm hochmütig zu zeigen, daß man überlegen ist.

Dann muß es. Denn auch der Bauer hat vor einem geschickten Kopf anzufragen, wenn auch heimlicheren Respekt wie vor roher Kraft.

Und die verhöffenen fadenscheinigen Soutanen des Herrn Josephus, und seine verflachten Stiefeln kamen auch nicht gerade davon her, daß er sein übriges Gehalt in irgend einer Kasse auf Zinsen stecken hatte. Er legte es vielmehr in einer Art Ewigkeitskassette an, wie er bei sich selber nannte. Das heißt, er half bei manch armen Teufeln, denen durch tröstliche Worte und Ratsschlag alleine nicht gedient war, hier und da mit einem Goldstück ein böses Loch zustoßen.

Dazu war er im Neuberger ebenfalls ein Bauer geblieben. Ein verböthiger untererster Mann vom Schlag jener Gegend. Auf einem starken Raden sah ein hartkantiger weißhaariger Schädel mit einem Paar guter Graugaugen, die zur rechten Zeit je nachdem schlau oder auch recht scharf blicken konnten.

Auch sein kleines Vasser hatte der Herr Gottschedel. Wenn er errettet war, dann schnupfte er aus einer braunen Horn-dose gerade nicht sehr kleine Mengen Schnupftabak.

Aber welcher siebenmal Gerechte ist fehlerlos? Alles in allem, diese Art geistlicher Herren ist heutzutage rar geworden. Aber wo man sie trifft, da zieht man in aller Hochachtung den Filz und freut sich, wieder einmal einem wirklichen schrotechten Menschen begegnet zu sein!

II. Der Hölleweigl und der Feueranzl.

Das waren Spitznamen, welche die beiden führten. Boher die schönen Namen eigentlich stammten, das wußte niemand mehr anzugeben. Das Bauernvolk teilt solche im geeigneten Augenblick meist sehr trefflicher aus. Die Urriade wird vergessen, der Name jedoch bleibt und springt unter Umständen auf Kanille unds Saus über.

Zwei vierstündige Gefellen waren sie, die Kantigien im Dorf und hatten trotz einiger Verschiedenheiten doch wiederum eine ganze Anzahl gemeinsamer Eigenschaften. Beide fanden um die Bierzig.

Der Hölleweigl war groß, bager, schwarzhaarig, mit einer überlangen Sadennase und runden Vogelgaugen im glatt-rastigen, pfiffig-faltigen Gesicht.

Der Feueranzl aber war klein, dick und rothaarig, hatte lustig zinkernde Schläuänglein und eine von feinen Nasen, von welchen der Volksmund behauptet, daß es hmeintregne. Dazu stand ihm das ganze Jahr ein Urtwald fuchziger kurzer Stoppeln im Gesicht.

Das waren die Verschiedenheiten der zwei. Sonst waren sie unzertrennliche Spitzbuben und durch ihre gemeinsamen Neigungen, geschworene Freunde.

Beide waren Maurer im Hauptberufe. Dazu noch Dachdecker und Brunnenmacher im Sommer, Hausmehger während des Winters.

Es gab auch wenig größeres Ungeziefer, das sie nicht ehbar fanden. Hatte der Feueranzl einen Zgel gefangen und sein gebreten, so wußte der Hölleweigl die fetten Hamster schmadvoll aus der Pfanne wandern zu lassen. Und wenn sich zwischen Zgel und Hamster einmal ein Riegelhälein in den Löff verirrt hatte, dann aßen es beide zusammen, mit der gleichen verständnisvollen andächtigen Kennerschaft aus, mit der sie einen Sad voll Dedelschnecken in gelber Schmalzbrühe zubereiten und einträchtig vertilgen konnten. Junge Swagen mit Löwenzahnsalat im Frühjahr, garte Zgel und Hällein im Sommer, fetter Hamster und Schneden im Herbst, im Winter aber unterschiedliche Kagen; alles, was froh und flog, bederteten sie nur nach dem Grad seiner Eßbarkeit. Als Maurer lebten beide mit Senfel und Wasservage in ständigem Widerpruch, und beide stiehn als Hausruhm einen Schnaps, den der Bauer verständnisvoll, innig mit dem schönen Namen „Mottengiggl“ bezeichnet.

Und beide schnupften lange, vom Handgelenk bis zu den Fingerringen reichende Streifen Schnupftabak mit dem gleichen Behagen. Nur schnupfte der Feueranzl aus einem buntgestreiften Fälschgen mit Sauwanzantöpfel schwarz-fetten Schmalzler, wogegen der Hölleweigl in seiner Birken-dole braunen Kohlege begte. Von welsch duftigen Nasen-futter wußt auch über dem Wurstmachen gelegentlich in das Brät geriet, ohne jedoch die Schmalzhastigkeit deselben sonst derlich zu beeinträchtigen.

Infolge gleicher Neigungen wußten sie sich gegenseitig zu schäben, mauerten miteinander, schlugen zusammen Brunnen, deckten Dächer, jagten ihr Freiwid zu weit und liebten die Bauern gemeinsam in wunderbar wiabühlich einträchtiger Weise übers Ohr.

(Fortsetzung folgt.)

Des deutschen Kronprinzen Schäferleben.

Der Kronprinz hat sich der Entente zur Verfügung gestellt, falls sie ihn für die 900 Auszubildenden annehmen wolle; aber da es sein Herr Papa nicht erlaube, ist er von diesem heldenmütigen Schritt wieder zurückgetreten.

Wenn eure königliche Hoheit jetzt noch nicht das Schäferleben lassen, dann können wir nichts mehr für Sie tun.

Vertretung der Versicherungsnehmer im Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung.

Seit langem wurde von den Kreisen der organisierten Versicherungsnehmer angetrieben, durch leitende Persönlichkeiten ihrer Verbände oder Vereinigungen in dem Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung zur nachdrücklichen Wahrung ihrer Interessen bei den dortigen Beratungen und in den von diesem Amt zu erlassenden Anordnungen vertreten zu sein.

Badische Landeskonferenz.

Karlsruhe, 13. Februar.

Nachmittags-Sitzung.

Unterrichtsminister Gummel eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Körperliche Erziehung und Jugendpflege.

Realschuldirektor Weiß-Schwegen: Ich kann an eine Körpererziehung so lange nicht glauben, als die Schmach des Berliner Friedens nicht von uns genommen ist.

Rektor Jauch-Freiburg wünscht, daß wegen Unterstützung der Verbände im Ministerium eine Besprechung stattfindet.

Rektor Merk-Karlsruhe wünscht, daß die Turnlehrerbildungsanstalt zu einer Landesturnanstalt erweitert wird.

Rektor Jauch-Freiburg wünscht, daß wegen Unterstützung der Verbände im Ministerium eine Besprechung stattfindet.

Rektor Merk-Karlsruhe wünscht, daß die Turnlehrerbildungsanstalt zu einer Landesturnanstalt erweitert wird.

Rektor Jauch-Freiburg wünscht, daß wegen Unterstützung der Verbände im Ministerium eine Besprechung stattfindet.

Rektor Merk-Karlsruhe wünscht, daß die Turnlehrerbildungsanstalt zu einer Landesturnanstalt erweitert wird.

Rektor Jauch-Freiburg wünscht, daß wegen Unterstützung der Verbände im Ministerium eine Besprechung stattfindet.

Rektor Merk-Karlsruhe wünscht, daß die Turnlehrerbildungsanstalt zu einer Landesturnanstalt erweitert wird.

Ges. Reat Schöff-Freiburg fordert 8 Pflichtstunden.

Stadtkr. Sankt-Karlsruhe wünscht Unterricht in religiöser Lebenskunde.

Direktor Seith-Freiburg: Die seguelle Aufklärung muß bei besonderen Gelegenheiten erfolgen.

Frau Dr. Baum-Karlsruhe, vom Arbeitsministerium, verlangt, daß Mittel in Bewegung gesetzt werden, um die Volksgesundheit zu heben.

Hptl. Anna-Rohental möchte im Namen aller jungen Schulkinder den Rednern Hellbad, Ott, Hoffbach, Kraus für ihre Ausführungen bestens danken.

Bürgermeister Jäger-Mingolsheim wendet sich gegen das Kino und gegen die Schulbibliothek.

Geheimrat Eisinger-Mannheim fordert Unterricht in Heimatkunde als Anschauungsunterricht.

Unterrichtsminister Gummel: Ich erkläre, daß die Landeskonferenz ihren Zweck erfüllt hat.

der erklärt, daß die Landeskonferenz ihren Zweck erfüllt hat.

der erklärt, daß die Landeskonferenz ihren Zweck erfüllt hat.

der erklärt, daß die Landeskonferenz ihren Zweck erfüllt hat.

der erklärt, daß die Landeskonferenz ihren Zweck erfüllt hat.

der erklärt, daß die Landeskonferenz ihren Zweck erfüllt hat.

der erklärt, daß die Landeskonferenz ihren Zweck erfüllt hat.

der erklärt, daß die Landeskonferenz ihren Zweck erfüllt hat.

der erklärt, daß die Landeskonferenz ihren Zweck erfüllt hat.

der erklärt, daß die Landeskonferenz ihren Zweck erfüllt hat.

der erklärt, daß die Landeskonferenz ihren Zweck erfüllt hat.

der erklärt, daß die Landeskonferenz ihren Zweck erfüllt hat.

der erklärt, daß die Landeskonferenz ihren Zweck erfüllt hat.

der erklärt, daß die Landeskonferenz ihren Zweck erfüllt hat.

der erklärt, daß die Landeskonferenz ihren Zweck erfüllt hat.

der erklärt, daß die Landeskonferenz ihren Zweck erfüllt hat.

der erklärt, daß die Landeskonferenz ihren Zweck erfüllt hat.

der erklärt, daß die Landeskonferenz ihren Zweck erfüllt hat.

leien Kinderfeier eingeladen waren, mußte Gen. Schöb die allgemeine Aussprache, die recht beachtenswerte Momente ergab, um 1 Uhr schließen, er stellte jedoch in Aussicht, daß im Falle mehr Gelegenheit zu einer Aussprache geschaffen werde.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hat soeben eine neue Mitteilungsblatt Nr. 3 herausgegeben.

Badische Politik.

Die Justiz.

Im Haushaltsausschuß des badischen Landtags gab am Samstag die Position: Ausgabe für die Rechtspflege Veranlassung zu längerer Aussprache über die Rechtspraktikanten und Anwärter für den Gerichtsdienst.

Trunk erklärte, daß es durch diese Staatsunterstützung ermöglicht werden soll, auch Minderbemittelten den Zugang zur Justiz zu sichern.

Bei dieser Gelegenheit kam die jetzige Bewegung der Gastwirte wegen ihrer angeblichen Unterstellung unter die Wuchergerichte zur Sprache.

Er konnte aber ihrem Eruchen, sie event. zu begnadigen, wenn sie zu Freiheitsstrafen verurteilt würden, nicht stattgeben.

Das hieß die Urteile der Gerichte und Wuchergerichte in Sachen der Bekämpfung des Scheinhandels kabinieren.

Die Gastwirte sollten erst selbst in ihren eigenen Reihen Ordnung schaffen und wie bei den Brotmarken auch die laufende bestimmte Abgabe von Reichsmarken fordern.

Erhöht wurde die Summe für außerordentliche Anschaffung von Kleidern und Bettwerk für die Kreis- und Amtsgefängnisse und für die Strafanstalten von zusammen 100 000 M. auf 200 000 M.

Zwei neue Beamteneigentümer im badischen Landtag.

Der erste Gesetzentwurf will den Beamten und Lehrern die wegen Ueberforderung des 65. Lebensjahres seit 1. April 1919 in den Ruhestand getreten sind oder bis zum 1. März 1920 das 65. Lebensjahr vollendet haben oder vollenden und bis dahin zur Ruhe gesetzt sind oder um ihre Zurücksetzung nachsuchen.

Der zweite Gesetzentwurf will den Beamten und Lehrern die wegen Ueberforderung des 65. Lebensjahres seit 1. April 1919 in den Ruhestand getreten sind oder bis zum 1. März 1920 das 65. Lebensjahr vollendet haben oder vollenden und bis dahin zur Ruhe gesetzt sind oder um ihre Zurücksetzung nachsuchen.

Der dritte Gesetzentwurf will den Beamten und Lehrern die wegen Ueberforderung des 65. Lebensjahres seit 1. April 1919 in den Ruhestand getreten sind oder bis zum 1. März 1920 das 65. Lebensjahr vollendet haben oder vollenden und bis dahin zur Ruhe gesetzt sind oder um ihre Zurücksetzung nachsuchen.

Der vierte Gesetzentwurf will den Beamten und Lehrern die wegen Ueberforderung des 65. Lebensjahres seit 1. April 1919 in den Ruhestand getreten sind oder bis zum 1. März 1920 das 65. Lebensjahr vollendet haben oder vollenden und bis dahin zur Ruhe gesetzt sind oder um ihre Zurücksetzung nachsuchen.

Der fünfte Gesetzentwurf will den Beamten und Lehrern die wegen Ueberforderung des 65. Lebensjahres seit 1. April 1919 in den Ruhestand getreten sind oder bis zum 1. März 1920 das 65. Lebensjahr vollendet haben oder vollenden und bis dahin zur Ruhe gesetzt sind oder um ihre Zurücksetzung nachsuchen.

Der sechste Gesetzentwurf will den Beamten und Lehrern die wegen Ueberforderung des 65. Lebensjahres seit 1. April 1919 in den Ruhestand getreten sind oder bis zum 1. März 1920 das 65. Lebensjahr vollendet haben oder vollenden und bis dahin zur Ruhe gesetzt sind oder um ihre Zurücksetzung nachsuchen.

Der siebente Gesetzentwurf will den Beamten und Lehrern die wegen Ueberforderung des 65. Lebensjahres seit 1. April 1919 in den Ruhestand getreten sind oder bis zum 1. März 1920 das 65. Lebensjahr vollendet haben oder vollenden und bis dahin zur Ruhe gesetzt sind oder um ihre Zurücksetzung nachsuchen.

Der achte Gesetzentwurf will den Beamten und Lehrern die wegen Ueberforderung des 65. Lebensjahres seit 1. April 1919 in den Ruhestand getreten sind oder bis zum 1. März 1920 das 65. Lebensjahr vollendet haben oder vollenden und bis dahin zur Ruhe gesetzt sind oder um ihre Zurücksetzung nachsuchen.

Der neunte Gesetzentwurf will den Beamten und Lehrern die wegen Ueberforderung des 65. Lebensjahres seit 1. April 1919 in den Ruhestand getreten sind oder bis zum 1. März 1920 das 65. Lebensjahr vollendet haben oder vollenden und bis dahin zur Ruhe gesetzt sind oder um ihre Zurücksetzung nachsuchen.

Der zehnte Gesetzentwurf will den Beamten und Lehrern die wegen Ueberforderung des 65. Lebensjahres seit 1. April 1919 in den Ruhestand getreten sind oder bis zum 1. März 1920 das 65. Lebensjahr vollendet haben oder vollenden und bis dahin zur Ruhe gesetzt sind oder um ihre Zurücksetzung nachsuchen.

Der elfte Gesetzentwurf will den Beamten und Lehrern die wegen Ueberforderung des 65. Lebensjahres seit 1. April 1919 in den Ruhestand getreten sind oder bis zum 1. März 1920 das 65. Lebensjahr vollendet haben oder vollenden und bis dahin zur Ruhe gesetzt sind oder um ihre Zurücksetzung nachsuchen.

Der zwölfte Gesetzentwurf will den Beamten und Lehrern die wegen Ueberforderung des 65. Lebensjahres seit 1. April 1919 in den Ruhestand getreten sind oder bis zum 1. März 1920 das 65. Lebensjahr vollendet haben oder vollenden und bis dahin zur Ruhe gesetzt sind oder um ihre Zurücksetzung nachsuchen.

Der dreizehnte Gesetzentwurf will den Beamten und Lehrern die wegen Ueberforderung des 65. Lebensjahres seit 1. April 1919 in den Ruhestand getreten sind oder bis zum 1. März 1920 das 65. Lebensjahr vollendet haben oder vollenden und bis dahin zur Ruhe gesetzt sind oder um ihre Zurücksetzung nachsuchen.

Der vierzehnte Gesetzentwurf will den Beamten und Lehrern die wegen Ueberforderung des 65. Lebensjahres seit 1. April 1919 in den Ruhestand getreten sind oder bis zum 1. März 1920 das 65. Lebensjahr vollendet haben oder vollenden und bis dahin zur Ruhe gesetzt sind oder um ihre Zurücksetzung nachsuchen.

Aus der Partei.

5. Unterwiesheim, 11. Febr. Die am Sonntag abend hier stattgehabene Versammlung war nur mäßig besucht.

Die Kreisleitung hatte ihren Sekretär Gen. Pfaffenbornj entandt.

Die Kreisleitung hatte ihren Sekretär Gen. Pfaffenbornj entandt.

Die Kreisleitung hatte ihren Sekretär Gen. Pfaffenbornj entandt.

Die Kreisleitung hatte ihren Sekretär Gen. Pfaffenbornj entandt.

Die Kreisleitung hatte ihren Sekretär Gen. Pfaffenbornj entandt.

Die Kreisleitung hatte ihren Sekretär Gen. Pfaffenbornj entandt.

Die Kreisleitung hatte ihren Sekretär Gen. Pfaffenbornj entandt.

Die Kreisleitung hatte ihren Sekretär Gen. Pfaffenbornj entandt.

Die Kreisleitung hatte ihren Sekretär Gen. Pfaffenbornj entandt.

Der politische und wirtschaftliche Neuaufbau Deutschlands. — Die Auslieferungsfrage.

Karlsruhe, 16. Februar 1920.

Zu beiden aktuellen Tagesfragen nahm eine von der Sozialdemokratischen Partei auf gestern vormittag in den Colonnaden einberufene Volksversammlung Stellung. Der Vorsitzende Wetzlar war der Ansicht, ein überaus wichtiger Tag sei es auf den letzten Platz nicht besetzt; er wünschte, die beiden Referenten den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei zum Neuaufbau Deutschlands und zur Auslieferungsfrage dar. Mit großem Interesse verfolgte die Zuhörerschaft die Darlegungen der beiden Referenten.

Genosse Landtagsabg. Dr. Kraus-Heidelberg

behandelte den politischen und wirtschaftlichen Neuaufbau Deutschlands. Er betonte, daß das große weltgeschichtliche Ergebnis des Krieges der Zusammenbruch aller feudalen Staaten ist, während die demokratischen Staaten bestehen bleiben. Dies gibt uns den Fingerzeig, wie der Neuaufbau sich vollziehen muß. Auch in der Weltpolitik verhält es sich bei uns das obrigkeitliche System. Wenn wir die Zusammenhänge des Weltgeschehens finden wollen, so darf die in der Schule gelehrte Geschichtswissenschaft nicht als Grundlage dienen. Auch mit dem Schlagwort „Kapitalismus“ wird das Weltproblem nicht gelöst. Genüß bildet das kapitalistische Weltbild die Grundlage der letzten Kriege, aber trotzdem war in England die deutschfeindliche Stimmung nicht zu der Zeit am Ausbruch, als Deutschland in höchster Wut stand. Der Kern des alten Systems liegt in dem Widerspruch, daß wir wirtschaftlich vorwärts kamen, aber ein politisches System hatten, das uns als demokratisch-kapitalistisches System im Weltkrieg zusammengebrochen, sondern das politische feudale System, das 1848 bei uns nicht beseitigt wurde. Wir stehen am Zeitpunkt, wo erst die Durchdringung der Welt beginnt.

Referent kam auch auf die Einreisungsfrage Deutschlands zu sprechen und bezeichnete dieselbe als Folge der Sabotage des Schiedsgerichtsverfahrens durch Deutschland, was uns das Vertrauen der Welt einbrachte. Die Revolution 1918 konnte nicht den sozialistischen Staat bringen. Wer die Welt der Wirklichkeit kennt, der weiß, daß der Hauptbestandteil der feudalen-monetarischen Zusammenhänge war und ein rein sozialistischer Neuaufbau nicht möglich ist, sondern es muß erst nachgeholt werden, was das zusammengebrochene System herabstürzt hat und dies muß dann sozialistisch-demokratisch ausgebaut werden.

Gen. Dr. Kraus behandelte sodann die Spaltung der Sozialdemokratie und deren Folgen für das Proletariat. Er bezeichnete die Spaltung durch die U.S.B. als nicht gerechtfertigt. Je einiger und geschlossener die Sozialdemokratie aufzutreten könnte, desto besser wäre ihre Position, und je geschlossener desto stärker die Reaktion. Infolge des Scheiterns der Sozialdemokratie in Frankreich und England keine große Bedeutung, wenn auch in letzterem Land in der jüngsten Zeit eine Besserung eintrat. Karl Marx sagte bei der Gothaer Einigung, daß ein praktischer Schritt für das Proletariat mehr wert wäre, als ein hüben Programm. (Sehr richtig!) Die deutsche Verfassung kann sich in der Welt behaupten, für die Erhaltung der uns in der Verfassung gewährleisteten Demokratie. (Sehr richtig!) Die Stunde kommt, wo die radikalen Führer der U.S.B. keine Geltung mehr haben.

Der wirtschaftliche Aufbau kann nicht auf rein sozialistischem Boden erfolgen, aber auch nicht auf rein kapitalistischem, sondern nach einer gemeinwirtschaftlichen Planwirtschaft, wie sie sich in der Sozialdemokratie aufbauen wird. Wir sind auf das kapitalistische Ausland angewiesen, deshalb können wir keine rein sozialistische Wirtschaft betreiben. Das hat man auch in Sowjet-Rußland eingesehen, wo die Wirtschaftspolitik des Bolschewismus jämmerlich zusammengebrochen ist. Unsere Wirtschaft ist auf eine demokratische Verfassung zu stellen, wo der Hauptfaktor nicht das tote, sondern das lebendige Kapital bildet, also ein gemeinwirtschaftliche Planwirtschaft auf demokratisch-sozialistischer Verfassung.

Referent streifte anschließend auch das Vertriebsproblem und wies darauf hin, daß einmündig festgelegt sei, daß Verbesserungsanträge deshalb nicht durchgebracht werden können, weil die U.S.B. in den Kommissionsberatungen durch Abwesenheit glänzte; von sämtlichen Verbesserungsanträgen kamte keiner von der U.S.B. Selbst Hilferding und Ballodt von der U.S.B. haben in der Sozialisationskommission für die Kohlenbergwerke abgelehnt, daß die Betriebsleiter aus dem Betriebsrat entnommen werden, da dadurch anstelle des jetzigen Unternehmerkapitalismus ein Arbeiterkapitalismus entstehen würde. Wir können nur durch für die Arbeiter kämpfen, die internationalen Arbeiterpolitik darf in Zukunft nicht mit nationalen Revolutionen erlöset sein, sondern muß auf dem Boden der Wirklichkeit erfolgen, dann ist den Interessen der Arbeiter gebietet. Unsere Zukunftsplanung darf nicht in lächerlichen Utopien bestehen, sondern muß sich nach den realen Verhältnissen richten und nicht nach dem Grundpaß: Alles oder nichts! Brauchender Befehl besetzte die überaus zahlreichen, von tiefer bolschewistischer Sachkenntnis und praktischen sozialistischen Gedanken durchdrungenen Ausführungen.

Als zweiter Referent erhält sofort

Genosse Redakteur Gg. Schöpflin

das Wort zu seinem Vortrage über „Die Sozialdemokratie und die Auslieferungsfrage“. Der Referent legt in knappen, scharfsinnigen Darlegungen die Gründe dar, warum die Sozialdemokratie das Verlangen der Entente auf Auslieferung der deutschen Kriegsverbrecher ablehnen müsse. Es sind dies einmal rechtliche Gründe, es geht nicht an, daß eine Partei zugleich Ankläger und Richter ist. Dann aber ist das Verlangen der Entente ein einseitiges, denn die anderen drei Mächte sind auch nicht als blütenweiße Engel über die Schlichter gegangen. Wenn also die Verbrechen gesühnt werden sollen, dann aber alle Verbrechen aburteilen. Wir befreiten nicht, daß die deutsche Heerführer Verbrechen begangen haben und sind deshalb der Meinung, daß diejenigen, die solche Verbrechen begangen haben, abgerichtet werden. Wir verlangen aber, daß unsere Kriegsverbrecher von uns abgerichtet werden sollen. — Die deutsche Regierung hat mit ihrem Vorschlag vom 23. Januar den richtigen Weg gefunden. Sie ist bereit, die Beschuldigten vor ein Gericht zu stellen und die Verhandlungen unter Kontrolle von ausländischen Kommissionen zu führen. Die Regierung geht mit diesem Vorschlag weiter als irgend jemals irgend ein Staat gegangen ist, Deutschland stellt seine Tugend unter die Kontrolle der Entente, damit sie sich die Entente zurückgeben. Aus England fliegen auch bereits nachgehende Stimmen herüber; wenn diese Stimmung bleibt, dann haben wir Aussicht, um eine Katastrophe herumzukommen, die die schlimmsten Folgen haben würde. Nicht aus Liebe zu uns, sondern aus den eigenen Interessen der Engländer heraus, kommt jene Stimmung hoch.

Die Frage der Auslieferung hat sich nun aber wieder zu einer innerpolitischen Frage ausgestaltet. Die Sozialdemokratischen schlagen aus dieser Gelegenheit wieder Kapital für ihre Parteizwecke, sie bemühen sie zum Kampfe gegen die Demokratie. Samstag abend zogen die Herren vor das Hotel Germania, um den französischen Offizieren etwas vorzubereiten. Das war eine Lausdubereit, eine bodenlose

Trivoltät. Die Sozialdemokratie hat also wieder einen doppelten Kampf zu führen, einmal gegen die Forderungen der Entente und dann gegen die reaktionäre und verbrecherische Ausnutzung der Dinge durch die Rechte. — Wenn die Sozialdemokraten den Kampf so weiter führen, wenn sie mit ihrer Rede das beginnende Erwachen und Aufleben des deutschen Volkes unterbinden, dann wird das Volk eines Tages mit ihnen abrechnen haben. Es soll das keine Drohung sein. Aber wenn das Volk durch das Treiben der Sozialdemokraten immer mehr ins Unklug getrieben wird, wenn die Massen immer erbitterter werden infolge der Herausforderungen, dann wird es so weit kommen, daß niemand mehr in der Lage ist, das Volk zurückzuführen in seiner Erbitterung, und die Herren brauchen sich dann nicht zu wundern, wenn mit ihnen nicht mehr so milde verfahren wird wie im November 1918.

Für uns aber besteht die Pflicht, daran zu denken, vor welchen Aufgaben wir stehen. In alle sozialistisch denkenden Arbeiter sei der Appell gerichtet, ob sie noch weiterhin das Schauspiel des Bruderkampfes mitemachen wollen. Sehen die Arbeiter nicht, wie viel wir verlieren, wenn wir uneinig sind, und wie wir alles gewinnen, wenn wir einig sind. Die sozialistische Arbeiterschaft steht in einer schweren Stunde. Jetzt könnten wir arbeiten, aufbauen; aber statt einander zu helfen, Rat zu halten, wie wir es am besten machen könnten, schlagen wir uns gegenseitig die Schüssel ein. Unterdessen erlückt die deutsche Reaktion. Wir haben große Gefahren und gewaltige Aufgaben vor uns; wehe uns, wenn die große Stunde ein kleines Arbeitergeschlecht findet. Weg mit dem Bruderkampf! Unser der Sieg, wenn wir wollen. — Die Ausführungen des Genossen Schöpflin wurde mit stürmischen Beifall aufgenommen.

Nach den beiden Referaten zeigte eine rege Debatte ein. Ein Anhänger der U.S.B. empfahl eine Resolution, in der ein internationaler Bericht zur Beurteilung der Kriegsverbrechen verlangt wird. Ein Kommunist vertrat den Standpunkt, daß man weder zu einem neutralen noch zu einem deutschen Gericht Vertrauen haben könne. Ein weiterer Referent sprach sich für die Einführung der Dreierleitung des sozialen Organismus als Zukunftsschritt. Nachdem kurz vor 1 Uhr noch 7 Referate vorgelesen waren, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

In seinem Schlusswort behandelte Gen. Dr. Kraus einzelne in der Diskussion geäußerte Fragen. Er stellte vor allem fest, daß in den prinzipiellen Fragen keine großen Gegensätze in der Versammlung bestanden, daß in der Frage der Auslieferung die Kommunisten wie auch die Unabhängigen sich nicht viel von unserer Auffassung unterscheiden. Schach wechelt der Referent mit den Antikommunisten ab, die im Saale ein Flugblatt hatten verbreiten lassen, desgleichen warnte er die Arbeiterschaft vor dem bürgerlichen Phrasenquälgeist der Dreierleitung. Und zum Schluß ging Gen. Dr. Kraus nochmals mit der „unabhängigen“ Politik ins Gericht. Die Ausführungen des U.S.B.-Vorherrschenden Crispian in der Schweiz boten ihm dazu eine willkommene und treffliche Handhabe. Die von dem unabhängigen Diskussionsreferent eingebrachte Resolution hat Gen. Dr. Kraus abgelehnt, wir können nicht einem internationalen Gericht, das einseitig zusammengesetzt ist, zustimmen. — Die Resolution wurde sodann mit großer Mehrheit abgelehnt, worauf Gen. Schewerdt mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie die lebhaft und prächtig verlaufene Versammlung schließen konnte.

Jugend und Sport.

Der Fußballsport am gestrigen Sonntag.

Beispielsweise: Karlsruhe F.V. — S. f. A. Pforzheim 1:0; S. f. B. Karlsruhe — Böhmig Karlsruhe 3:1; Spielvereinigung Freiburg — Ballspielklub Pforzheim 0:1. 1. F.C. Pforzheim — „Mudolfshügel“ Wien 2:1; „Mudolfshügel“ Wien — „Riders“ Stuttgart 2:0; Süddeutsches — Oesterreich 1:1. Das Spiel fand in München bei 20.000 Zuschauern statt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 16. Februar.

Die bürgerliche Protestkundgebung, welche am Samstag abend in der Festhalle abgehalten wurde, verlief unter dem Vorherrschen von Oberbürgermeister Hüntner programmgemäß. Referent waren Stadtrat Dr. Hausrat und Ministerialrat Dr. Baumgartner. Es wurde folgende Entscheidung angenommen:

„Laudende in der Festhalle versammelte Männer und Frauen der Hauptstadt des Freistaats Baden erheben flammenden Protest gegen das schmachvolle Verhalten der Entente an das deutsche Volk, daß es deutsche Volksgenossen parteiischen Gerichten der Feinde ausliefern solle. Wir wissen uns eins mit der Reichsregierung, daß die Erfüllung dieser Forderung der Feinde unmöglich ist. Kein deutscher Mann und keine deutsche Frau wird sich zum Schergenamt für habereifste Feinde erniedrigen.“

Die Versammlung verlief in aller Ordnung, was aber hätte vermieden werden sollen, war ein Protestrummel, den sich nach Schluß der Versammlung einige hundert Besucher auf eigene Faust leisteten. Sie zogen vor das „Hotel Germania“, die französische Militärkommission ihr Domizil hat und sangen den Franzosen „Deutschland, Deutschland über alles“. Die Wacht am Rhein und „Hell dir im Siegertranz“ vor. Lächerlich und tolllos zugleich, abgesehen von Riffen und Aufen, die aus der Röhre erschallen. Von da aus ging es durch die Kaiserstraße nach dem Kaiserdenkmal, wo der gleiche Rummel veranstaltet wurde und dann nach dem Schloß. Der Rummel wird hoffentlich der Regierung Veranlassung geben, zu überlegen, ob man die Hohenollernsdenkmäler wirklich stehen lassen soll oder nicht.

Eine Gold- und Silberdiebstahlfahrt.

Lesen wir in besseren Zeiten, so würden wir in diesen Jahren haben. Bringt Karneval würde seine tolle Weltgeschichte schreiben und ein tolles Karnevalsfest würde ihm huldigen. Da aber zu dem Ernst der Zeit toller Wummenschanz nicht raht, hat die Regierung karnevalistische Veranstaltungen verboten. Sie hat recht getan, denn wir erleben heute so viele andere Karneval, daß jedermann seinen Bedarf an Karneval zur Genüge anderweitig beden kann. So erlebten wir dieser Tage folgendes Zeitereignis:

In der „Badischen Presse“ erbot sich ein gewisser Geert in Pforzheim für 1 Markstück 20 M und für ein 20 Mark-Stück 600 M zu bezahlen. Der Erfolg dieses Interests war ein durchschlagender. Es setzte nämlich ein derartiger Zustrom von Leuten aus allen Ecken der Bevölkerung, namentlich aus Karlsruhe ein, daß die Pforzheimer Bude überfüllt waren und in der Ramesstraße in Pforzheim, wo der Herr Gold- und Silberdieb Geert seinen Laden hat, ein Schumannapostel aufgestellt werden mußte. Alle die Gold- und Silberbesitzer mußten aber unverrichteter Dinge wieder abgehen, da an der Kasse des betr. Hauses zu lesen war, daß nichts mehr angesetzt werde. Wohlmeinlich hat der Geert zu diesem Preise überhaupt nicht gekauft, er wollte wohl durch die Anzeige den Gold- und Silberpreis nur in die Höhe schieben, um mit seinem eigenen Gold und Silber ein gutes Geschäft machen zu können.

Daß die Regierung jetzt hinfirnach, nachdem die Gold- und Silberpreise ihrem Unfug in allen Dimensionen getrieben haben, den privaten Gold- und Silberverkauf verbietet, ist übrigens auch nicht schlecht.

Tarifverhandlungen der Eisenbahner.

Die Vermittlungsstelle Karlsruhe des Verbandes des deutschen Verkehrspersonals hat auf den 14. ds. Mts. in den Saal des „Apollo“ eine Mitgliederversammlung einberufen, um den Bericht über den bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung entgegen zu nehmen. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz besetzt, so daß sich eine größere Zahl der Besucher mit einem Stehplatz begnügen mußte. Der Vorsitzende der Vermittlungsstelle, Verbandsbeamter Bürkle, beleuchtete eingangs seiner Ausführungen die Schwierigkeiten, mit denen bei den Verhandlungen im Hinblick auf den ungünstigen Abschluß des preussischen Lohntarifs zu rechnen war. Die letzten Vorgänge in Norddeutschland, namentlich das bittorische Vorgehen der preussischen Regierung in Punkte Schließung verschiedener Eisenbahnwerkstätten und Wiedereinführung der Affordarbeit nebe zu Bedenken Anlaß und fordert gebieterisch eine vernünftige und zielbewusste Gewerkschaftspolitik der Eisenbahner Süddeutschlands. Eine Zersplitterung der Kräfte innerhalb der Gewerkschaften müßte sich, wie Referent an Hand verschiedener Beispiele zeigte, bitter rächen. Die Verhandlungskommission hat eine Diskussion über die Affordarbeit, die in den Eisenbahnwerkstätten praktisch gar nicht durchgeführt werden kann, grundsätzlich abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß der Nachweis nicht erbracht werden kann, daß in irgend einem Privatbetrieb mit denselben technischen Einrichtungen die Leistungen höhere sind als in den badischen Eisenbahnbetrieben. Uebergehend zu den bemängelten Lohnjahren bemerkt der Referent, daß dieselben in keiner Weise befriedigen können. Die Organisation müßte sich jedoch in Rücksicht auf die Gesamtsituation notgedrungen damit abfinden.

In der sich anschließenden sehr regen, aber sachlichen Diskussion wurde das taktische Vorgehen der Verbandsleitung allgemein für richtig bezeichnet und betont, daß es Aufgabe der Organisation sein muß, sich auf etwaige kommenden Kämpfe, soweit sie unvermeidlich sein sollten, vorzubereiten. Wie uns mitgeteilt wird, beruht die Bemerkung in einer Notiz der Nr. 38, daß die vom Badischen Eisenbahnerverbande vorgeschlagene Lohngruppenentteilung angenommen worden sei, auf einem Irrtum. (V. Red.)

Bildungskurse. Der Vortrag des Genossen Marum fällt heute wegen anderweitiger Inanspruchnahme des Referenten aus und wird auf Montag, 23. Februar, abends 7 Uhr (Sitzungslokal Ortskrankenkasse) verlegt.

Sozialdemokratischer Verein — Bezirk Oststadt. Sämtliche Vertrauens- und Straßenscheubere werden auf heute Montag, 16. Febr., abends 8 Uhr, in den „Georg Friedrich“ zu einer wichtigen Besprechung eingeladen. Keiner fehle!

In Sachen Schließung der Küchenbetriebe. Wie der „Bad. Beobachter“ erzählt, wird die Frage der Schließung sämtlicher Küchenbetriebe in Gastwirtschaften eine folgende Lösung erhalten: Die Regierung wird die Befestigung des sogenannten „Hofkapitän“ betreiben, die in der Schließung sollen nicht abgeschlossen werden mit Schiebern und Schleißhändlern aus Gemeinnacht. Die gegen etwa 50 Gastwirte ausgesprochenen Gefängnisstrafen sollen in Geldstrafen umgewandelt werden. Eine Änderung der Verordnung, wonach Wirte wegen Uebertretung der Fleischverordnungsbestimmungen mit Gefängnis und im Wiederholungsfalle mit Zuchthaus bestraft werden können, wird in Erwägung gezogen.

Unsergericht. Im Monat Januar 1920 wurden durch die hiesigen Gerichte 45 Personen wegen Freistreiberei, unerlaubten Handelns, sowie Vergehens gegen die Fleisch-, Milch-, Brot- und Kartoffelverordnung mit Geld von 20 M bis 500 M bzw. zu 4 Wochen Gefängnis rechtskräftig verurteilt.

Selbstmordversuch. Am Samstag vormittag sprang eine ledige 24jährige Näherin aus Karlsruhe-Rippurr in selbstmörderischer Absicht etwa 100 Meter unterhalb der Fähre in den Stiefhafen des Rheinhafens. Die Lebensmüde wurde durch einen Hafentapitan geborgen, nach der Polzeiwache am Rhein-hafen und von dort mittelst Krankenautos nach dem hiesigen Krankenhaus verbracht.

Nießfälle. Auf einem Straßenbahnwagen zwischen Augartenstraße und Marktplatz wurde am 12. ds. Mts. einer Frau ein Handtasche mit Inhalt im Werte von 700 M entwendet. Im Laufe des Freitag und Samstag wurden hier drei Fahrräder durch unbekannte Täter gestohlen.

Veranstaltungen.

Nach-Abend. Auf das am heutigen Montag im Konserbatoriumsaale stattfindende, von Bruno Stürmer veranstaltete Kammermusikonzert sei auch in dieser Stelle ausdrücklich empfehlend hingewiesen. Das Programm weist selten gehörte Werke des Altmeisters Bach und seiner drei bedeutendsten Söhne auf, die in dieser Zusammenstellung wohl noch nie zu Gehör gebracht wurden. Ein ausführlicher Vortrag des Veranstalters wird die Werke noch besonders erläutern, jedoch wohl jeder von der Aufführung hohen Genuß haben wird, zumal die Namen der Mitwirkenden eine reifliche Wiedergabe verbürgen. Als Solisten sind gewonnen: Frau Stürmer (Violine), Frz. Friedberg (Cortina) und Herr Spill (Klarinette), der erste Violinist des Landes-theaterorchesters, außerdem wird noch ein mit besten Kräften besetztes Quartett mit. Mitglieder der Gewerkschaften erhalten Ermäßigung. (Alles Nähere siehe aus der Anzeige.)

Kleine Nachrichten.

Zulassung in Bogland. Der von der Staatsanwaltschaft Pforzheim seit langem geachtete Kommunistenführer Eisenbahner Max Holz, auf dessen Ergreifung eine Belohnung von 10.000 Mark ausgesetzt worden ist, ist von Reichswehrtruppen hier verhaftet worden. Bei seinem Abtransport beruhten mehrere Männer den Vorharnen zu befragen. Es kam zu einer Schießerei, in deren Verlauf Holz getötet wurde.

Dem „Daily Herald“ wird aus Washington berichtet: Die sozialistische Partei gibt bekannt, daß sie beschlossen hat, Eugen Debs als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl zu bezeichnen. Der amerikanische Arbeiterbund erließ eine Proklamation an seine 40.000 Mitglieder mit etwa 4 Millionen Mitgliedern, in welcher zur Schaffung einer großen politischen Organisation aufgefordert wird.

Washington. Staatssekretär Lansing hat demissioniert. Seine Demission wurde angenommen.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Heilung Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüner, sämtlich in Karlsruhe, Linnenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arvie Turnerschaft, Abt. Oststadt.) Dienstag den 17. Februar, abends 8 Uhr, Abteilungsversammlung im „Georg Friedrich“.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 120, def. 10; Rehl 228, def. 7; Raxm 418, def. 5 Zentimeter.

Danels
Konfektions-Haus

Jacken-Kleider
teilweise auf Seidenfutter
Mk. 150.—

Rips-Mäntel
Mk. 125.— an

Wilhelmstraße 34
Telephon 1846

Hochelegante Herren- und Damen-Garderobe
in erstklassiger Ausführung zu mäßigem Preis fertigt 1411

Anton Kuhn, Karlsruhe Ruppurrerstr. 20,
L. Hinterhaus.

Häuser

Für das Ofenhaus des Gastwerts Gaggenu wird für dauernde Beschäftigung ein längerer, tüchtiger, eingelernter Arbeiter für sofort gesucht. Die Bezahlung erfolgt nach den Tariflöhnen.
Gaggenu, den 14. Februar 1920.
Das Bürgermeisterrat.

Badisches Landestheater.

Montag, den 16. Februar 1920. 445

Liselott von der Pfalz
Lustspiel in vier Akten von Presber und Stein.
Anfang 7 Uhr. (Gr. Pr.) Ende halb 10 Uhr.

Kaufe

Gebisse

Zahl für jeden Zahn mit Platinblei
Mk. 15.—

Bronnatite, Mk. 60, 100 und höher
Platin zum höchsten Tageskurs
Ankauf Mont u. Dienstag
von 9-12 und 2-5 Uhr
Karlsruhe 37 part.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Lsg. Nr. 1675: 2 a 30 qm mit Gebäuden, Fasanenstraße 6, Gasthaus zum „Wiener Hof“.

Schätzung: 80 000 Mark. Wert der Wirtschaftsinrichtung 7428 Mark.

Versteigerungstermin: Dienstag, den 24. Februar 1920, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Alademiestraße 8.

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 24. November 1919. 8207

Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Frauen-Haare

kauf zu höchsten Preisen
Richard Horn,
Damen- u. Herrenfrisier-
Geschäft, Rheinstraße 45,
Mühlburg.

Nordhäuser

Rau-Tabak

(Friedenswaare)
der Rolle Nr. 135 offeriert
und befindet unter Rauch.

R. Dörre, Steffin
Poststraße 30.

Windeltabake 10 Rollen.
Wiederverkäufer verlangen
bitte Preisliste über Jigaretten,
Zigaretten, Non-n-Pfeifen,
Billige Bezugsgewinne.
Große Auswahl. 436.
Großhandelsverkauf.

Touristenverein „Die Naturfreunde“
Ortsgruppe Karlsruhe e. V.

Codes-Anzeige.

Unsere Mitglieder hiermit die traurige Nachricht,
daß unser lieber, alter Wandergenosse

Albin Köhler
Glaser

nach kurzem, schwerem Leiden schnell und unerwartet gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 16. d. Mts., nachmittags halb 3 Uhr von der Friedhofkapelle aus, statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Grundstücks-Zwangs-Versteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Lsg. Nr. 10 895: 10 a 52 qm Baugelände an der Pfauen- und Röhrenstraße.

Schätzung: 5400 M.

Versteigerungstermin: Freitag, den 26. März 1920, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude, Alademiestraße 8.

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 26. Januar 1920.

Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

praktischer Arzt

niedergelassen. 1819

Sprechstunden:
von 8-6 Uhr, Samstags von 10-12 Uhr.
Pfalzstraße 38.

Dr. med. Fritz Becker.

Beste handhabungssichere

Sprengstoffe, Sprengkapseln mit
Zündschnur

zum Sprengen von Baumstumpen. 1713

Pulverfabrik Ettlingen
Telefon 8. (Wader). Telefon 8.

Grundstücks-Zwangs-Versteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Lsg. Nr. 1923: 2 a 92 qm Hofreite mit Gebäuden, 1 a 32 qm Hausgarten, auf 4 a 24 qm, Lameystraße 63.

Schätzung: 18 000 M.

Versteigerungstermin: Dienstag, 2. März 1920, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude, Alademiestraße 8.

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 3. Februar 1920.

Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Mehrere

Metallschleifer

in dauernde, gut bezahlte Arbeit für sofort gesucht. 1788

Arnold Biber,
Filiale Durlach, Oberwald 2.

Antblei und Zinn

werden stets, auch in kleineren Mengen, von uns angekauft.

Buchdruckerei des Volksfreund.

Waffenbesitz betr.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß alle Schusswaffen, sowie Munition aller Art zu Schusswaffen abzuliefern sind, und zwar in der Stadt Karlsruhe bei dem Bezirksamt — Polizeidirektion — Zimmer Nr. 18, in den Landorten bei den Ortspolizeibehörden — Bürgermeistern.

Von der Ablieferung ist nur befreit, wer im Besitze einer bezirksamtlichen Erlaubnis zum Tragen von Schusswaffen sich befindet.

Wer ohne diese Erlaubnis im Besitze von Waffen oder Munition betroffen wird, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu hunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Sollten die Waffen oder die Munition zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen verwendet werden, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu 5 Jahren, bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter 3 Monaten.

Karlsruhe, den 9. Februar 1920. 437

D.S. 50. Bezirksamt II.

KAUFE

gebrauchte
1/2 Sektorkorke
18 Pfg.

gebrauchte
1/2 Weinkorke
4 Pfg.

Korkenfabrik
W. Nölke, Breitenl. 8.
Auskäufer werden gesucht. 843

Offenburger Anzeigen.

Es kommt immer noch vor, daß hiesige Einwohner für hierher eingeführten Trauben- und Obstwein die städt. Verbrauchssteuer nicht entrichten. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß diese Verbrauchssteuer (2.20 Mk. vom hl.) sofort nach der Einfuhr bei der Stadtkasse zu zahlen ist. Beim Weinbezug von hiesigen Weinherstellern und Händlern ist die Verbrauchssteuer an diese zu entrichten, die ihrerseits den ab-zurechnenden Wein bei der Stadtkasse anmelden und versteuern.

Rückerhandlungen ziehen die Strafen des § 22 der Verbrauchssteuerordnung (vier- bzw. achtfachen Betrag der schuldigen Abgabe, mindestens aber Doldungstrafen) nach sich. 142

Offenburg, den 12. Januar 1920.
Der Stadtrat.

Deutsch-Völkischer - Schutz- und Trutz-Bund Karlsruhe.

Friedrichshofsaal
(Carl-Friedrichstr.)

Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr
öffentl. Vortragsabend

Redner: Reichsrat Dr. Friedr. Wichtl, Wien
über das Thema:

Weltfreimaurerei, Weltrevolution
Weltrepublik!

Mit Herrn Dr. Wichtl, dem Verfasser der bereits in mehreren Auflagen erschienenen Schriften „Dr. Kramarsch, der wahre Anführer des Weltkrieges“ und „Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik“ haben wir einen Redner gewonnen, der unsern Vortragsabend eine gewaltige Anziehungskraft verleihen wird.

Karten nur an der Abendkasse von halb 7 Uhr an.
Eintrittspreis: 2.50 Mark. 1818

Kaufe

getragene Kleider,
Möbel aller Art,
Gold- und Silber-
gegenstände. u.

A. Schap, An- u. Ver-
kaufsgeschäft,
Kaiserstraße 67,
Eingang Waldhornstraße.

Offenburger Anzeigen.

Es kommt immer noch vor, daß hiesige Einwohner für hierher eingeführten Trauben- und Obstwein die städt. Verbrauchssteuer nicht entrichten. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß diese Verbrauchssteuer (2.20 Mk. vom hl.) sofort nach der Einfuhr bei der Stadtkasse zu zahlen ist. Beim Weinbezug von hiesigen Weinherstellern und Händlern ist die Verbrauchssteuer an diese zu entrichten, die ihrerseits den ab-zurechnenden Wein bei der Stadtkasse anmelden und versteuern.

Rückerhandlungen ziehen die Strafen des § 22 der Verbrauchssteuerordnung (vier- bzw. achtfachen Betrag der schuldigen Abgabe, mindestens aber Doldungstrafen) nach sich. 142

Offenburg, den 12. Januar 1920.
Der Stadtrat.

„D'Latern“

das neue Monatsblatt für Dialekt-Humor ist erschienen. Preis 35 Pfg. Volksbuchhandlung Adlerstraße Nr. 16.

Standesbuch-Ausgabe
der Stadt Karlsruhe

Eheausweise, Friedrich Selb von hier, Schlosser hier, mit Wina Endres von hier. Echter Schillingmilch von Gaggenu, Bleicher und Anstaltentur alda, mit Sofie Kapp von hier. Rudolf Kämmerle von hier, Metzger hier, mit Käthchen Müller von hier. Karl Bodamer von hier, Versicherungs-Beamter hier, mit Anna Häusle von Dürheim. Ernst Scherer von Ebingen, Obmann bei der Eisenbahn-Wag-Verein hier, mit Anna Schöner von Mainz, Theodor Knoch von Wehrburg, Kaufmann alda, mit Alice Stein von hier. Albert Rohrer von Forchheim, Maler hier, mit Marie Vohr von Lorraine. Otto Koch von Neundorf, Telegraphen-Sekretär hier, mit Verta Fraich von Colmar.

Todesfälle. Anguste, alt 1 Jahr 5 Monate 26 Tage, Vater Friedrich Dögariel, Wälsch-Schlosser, Ferd. Dohbi, Witwer, Schreinermeister, alt 84 Jahre. David Wittmann, Chemann, Schlosser, alt 74 J. Babette Hobermin, alt 44 J. Ehefrau von Louis Hobermin, Köchennstr. Königunde-Wiehl, ledig, Privat, alt 76 Jahre. Wilhelmine Cruius, ledig, ohne Beruf, alt 96 Jahre. Anna Seeder, ledig, Privat, alt 72 Jahre. Amalie Schildder, alt 67 Jahre, Witwe von Albert Schildder, Saupfleher, Magdal. Schäfer, alt 73 Jahre, Witwe von Friedr. Schäfer, Stadtblg. Julius Brenner, Chemann, Kaufleidiener, alt 45 Jahre. Leopold Dostal, Witwer, Maurer, alt 76 Jahre. Kath. Gartner, alt 67 Jahre, Witwe von Alois Gartner, Landwirt. Albin Köhler, Chemann, Schreiner, alt 45 Jahre.

Offenburger Anzeigen.

Gemäß Verordnung des Badischen Ministeriums des Innern vom 4. Februar 1920 ist die Herstellung von 100 Gramm-Brotchen aus Brotmehl mit sofortiger Wirkung verboten.

Es dürfen somit nur noch hergestellt werden:
750 Gramm-Laibe und
1500 Gramm-Laibe Roggenbrot und
400 Gramm-Laibe Krantenbrot.

Die Herstellung von anderem Gebäck, wie Bregeln, Salz- und Weisbrotchen, sowie Bierkengel hat Strafverfolgung und Schließung der Bäckereien zur Folge.

Offenburg, den 12. Februar 1920. 447

Kommunalverband Offenburg-Stadt.

Bereinigte Berufs-Beratungsstelle
für Frauen und Mädchen
beim Städt. Arbeitsamt
Jägeringstr. 100
Zimmer
12

Sprechstunden täglich von 9-12 Uhr
vormittags u. 2-4 Uhr nachmittags

Badischer Frauen-Verein
Evang. Frauenvereinigung
Nationaler Frauendienst ::

Lebensmittel-Versorgung.

Am Dienstag, den 17. Februar und folgende Tage wird verkauft so lange Vorrat
in der Städt. Fruchthalle (freiberkäufl.)
Futter-Gehäcksen 1 Ztr. Mk. 12.—
Bodenlohrabst. 1 Ztr. Mk. 12.—

Am Mittwoch, den 18. Februar, von 8-12 Uhr vormittags
in der Städt. Fruchthalle (freiberkäufl.)
Karmelade 1 Ztr. Mk. 2.50
Giemontener Zwiebeln 1 Ztr. Mk. 1.45

ferner
Grüne Amselns-Erbsen (1 Ztr. Mk. 3.82) Kopfmenge 100 Gramm gegen die Lebensmittelmarke O 33
Häferlöden (1 Ztr. Mk. 2.47) Kopfmenge 100 Gramm gegen die Lebensmittelmarke O 34
Zugstoff (1 Ztr. Mk. 50 Pfg.) gegen die Lebensmittelmarke O 35 (nur in den Apotheken erhältlich).

Am Donnerstag, den 19. Februar wird verkauft
Margarine (1 Ztr. Mk. 5.39) Kopfmenge 75 Gramm gegen die Fettmarke D 13 in sämtlichen Fettverkaufsstellen.

Anmerkung für die Hausfrauen
Margarine wird Mittwoch nachmittags von 2-4 Uhr in der Städt. Milchzentrale abgegeben. Gefäße sind mitzubringen.
Offenburg, den 13. Februar 1920. 446

Städt. Lebensmittelamt.

Sofort

tüchtige Hammer-schmiede

für schwere Schmiedearbeiten gesucht. 1823

Gebr. Braun, Hammerwerk
Mannheim-Rheinlan.

Lebensmittel-Versorgung.

Am Donnerstag, den 19. Februar wird verkauft
Margarine (1 Ztr. Mk. 5.39) Kopfmenge 75 Gramm gegen die Fettmarke D 13 in sämtlichen Fettverkaufsstellen.

Anmerkung für die Hausfrauen
Margarine wird Mittwoch nachmittags von 2-4 Uhr in der Städt. Milchzentrale abgegeben. Gefäße sind mitzubringen.
Offenburg, den 13. Februar 1920. 446

Städt. Lebensmittelamt.

Häuser

mit und ohne Geschäfte, gleich welcher Lage, sofort zu kaufen gesucht.

Max Busam
Eleganz-Büro
Gerrenstraße 38.

Blindenarben!

Vorteilhaftes Geschenk für die Hausfrau

Kopfhaarband besen

aus vorzüglichem Schweißhaar zu haben. 8201

W. Voos, Sittorfstr. 6.

Häuser

mit und ohne Geschäfte, gleich welcher Lage, sofort zu kaufen gesucht.

Max Busam
Eleganz-Büro
Gerrenstraße 38.

Lebensmittel-Versorgung.

Am Donnerstag, den 19. Februar wird verkauft
Margarine (1 Ztr. Mk. 5.39) Kopfmenge 75 Gramm gegen die Fettmarke D 13 in sämtlichen Fettverkaufsstellen.

Anmerkung für die Hausfrauen
Margarine wird Mittwoch nachmittags von 2-4 Uhr in der Städt. Milchzentrale abgegeben. Gefäße sind mitzubringen.
Offenburg, den 13. Februar 1920. 446

Städt. Lebensmittelamt.

Häuser

mit und ohne Geschäfte, gleich welcher Lage, sofort zu kaufen gesucht.

Max Busam
Eleganz-Büro
Gerrenstraße 38.

Lebensmittel-Versorgung.

Am Donnerstag, den 19. Februar wird verkauft
Margarine (1 Ztr. Mk. 5.39) Kopfmenge 75 Gramm gegen die Fettmarke D 13 in sämtlichen Fettverkaufsstellen.

Anmerkung für die Hausfrauen
Margarine wird Mittwoch nachmittags von 2-4 Uhr in der Städt. Milchzentrale abgegeben. Gefäße sind mitzubringen.
Offenburg, den 13. Februar 1920. 446

Städt. Lebensmittelamt.

Häuser

mit und ohne Geschäfte, gleich welcher Lage, sofort zu kaufen gesucht.

Max Busam
Eleganz-Büro
Gerrenstraße 38.

Lebensmittel-Versorgung.

Am Donnerstag, den 19. Februar wird verkauft
Margarine (1 Ztr. Mk. 5.39) Kopfmenge 75 Gramm gegen die Fettmarke D 13 in sämtlichen Fettverkaufsstellen.

Anmerkung für die Hausfrauen
Margarine wird Mittwoch nachmittags von 2-4 Uhr in der Städt. Milchzentrale abgegeben. Gefäße sind mitzubringen.
Offenburg, den 13. Februar 1920. 446

Städt. Lebensmittelamt.